1.2020

WEIT WINKEL

SODI! 30 Jahre

SOLIDARITÄT UND KOOPERATION

Wo die **Fallstricke der Idee von Entwicklung** sind

ELÍSIO MACAMO

Warum **staatliches Handeln** unabdingbar bleibt

LUISE STEINWACHS

Was **Maputo-KaMubukwana und Berlin-Lichtenberg** verbindet

INTERVIEW MIT RUI SEBASTIÃO MATUSSE

Inhalt

3 **Globale Zusammenarbeit stärken für eine gerechte Welt**
Roland Zschächner

4 **Entwicklungsziele in der Sackgasse**
Elísio Macamo

8 **Nachgefragt: Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe bedeutet für mich, ...**
Impressum

9 **Staatliches Handeln als globale Aufgabe**
Luise Steinwachs

12 **Wie Steuerabkommen die globale Ungleichheit zementieren**
Eva-Maria Schreiber

15 **Statt Entwicklung der Politik den Vorrang geben**
Andreas Bohne

17 **Eine Alternative zur westlichen Agrarindustrie**
Tran thi Lanh

19 **Durch Solidarität gemeinsam Hand in Hand gehen**
Ein Interview mit Rui Sebastião Matusse

21 **„Dass ich die Kraft zur Solidarität noch habe ...“**
Paul Sprute

Liebe*r Leser*in,

anlässlich unseres 30-jährigen Jubiläums widmen wir dieses Heft dem 17. und letzten Nachhaltigkeitsziel (Sustainable Development Goal, kurz SDG) der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen. Auf Deutsch kommt es etwas ungelenk daher und nennt sich „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“.

Hätten wir bei SODI das Ziel formuliert, hätten wir mit Sicherheit „auf Augenhöhe“ ergänzt, denn nur echte und solidarische Partnerschaft auf Augenhöhe kann wirklich etwas verändern. Denn selbst gut gemeint ist nicht gleich gut.

SDG 17 spricht aber auch das wichtige Thema der Ressourcen an. Klar ist: Partnerschaft ohne Menschen, die diese leben und gestalten, gibt es nicht. Aber um die globalen Entwicklungsziele zu erreichen, bedarf es auch ausreichender Ressourcen und einer gerechten internationalen Finanzierungs-, Entschuldungs- und Steuerpolitik, die sich nicht an den Wirtschaftsinteressen der sogenannten entwickelten Länder ausrichtet.

Das Jubiläum bei SODI nutzen wir auch, unserem Selbstverständnis als lernende Organisation gerecht zu werden. Wir möchten – wie mit Blick auf die Arbeit des Rechtsvorgängers SODIs, dem Solidaritätskommittee der DDR, gesagt werden kann – die 60 Jahre Erfahrung unserer 30-jährigen Organisation kritisch beleuchten und Schlüsse für unseren zukünftigen Weg ziehen.

Nicht nur SODI, sondern auch die Vereinten Nationen begehen in diesem Jahr ein Jubiläum, die Generalversammlung tagte im September zum 75. Mal. Zu diesem Anlass sprachen Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten und mussten bei allem üblichen Selbstlob vielerorts einräumen, dass die für 2030 gesetzten Ziele nicht annähernd erreicht sind. Zudem verwiesen sie auf die COVID-19-Pandemie. Gängige Partnerschaftsmodelle in der Entwicklungszusammenarbeit stehen auf dem Prüfstand – und das ist auch gut so. Wir sollten jedoch nicht zulassen, dass die Pandemie zu einer gefälligen Ausrede für staatliches Nichthandeln wird! Ganz im Gegenteil: Die jetzige Krise ist eine Chance zum Umsteuern in Richtung Nachhaltigkeit, wahrer Partnerschaftlichkeit und, das ist für SODI ganz besonders wichtig: Gerechtigkeit als Gemeinschaftswerk!

„Last but not least“ könnte man also zum 17. Ziel sagen. Denn ohne globale Partnerschaften und Ressourcen werden wir die wichtigen Aufgaben, die unter den ersten 16 Zielen subsumiert sind, nicht angehen können.

Ich wünsche eine anregende Lektüre des Weitwinkels, der spannende, weil diverse und kontroverse Perspektiven auf die an dieser Stelle angerissenen Fragen zu Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit und deren Ziele und Wirkungen bereit hält!

Mit solidarischen Grüßen

Ihre Anna Goos
Geschäftsführerin SODI

Foto Titel: Tim Mossholder, unsplash.com; Foto diese Seite: SODI

ROLAND ZSCHÄCHNER

In der Corona-Krise geht die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander – und das weltweit. Die Pandemie verschärft die bereits davor bestehenden Abhängigkeiten noch einmal. Die Lösung kann daher nicht ein „Weiter so" sein. Vielmehr ist es Zeit, eine neue globale Solidarität zu leben.

Globale Zusammenarbeit stärken für eine gerechte Welt

Die Welt ist im Umbruch: Beschleunigt durch die Corona-Pandemie wurde deutlich, wo die Defizite unserer Gesellschaft liegen. Nicht nur hierzulande wurde sicher Geglaubtes in nur wenigen Tagen infrage gestellt. Doch vieles blieb auch beim Alten. Die soziale Ungleichheit verschärfte sich sogar. Eine tiefe Wirtschaftskrise hat die meisten Länder der Welt erreicht. In einem UN-Bericht vom September wird bereits davor gewarnt, dass global der schlimmste Anstieg von Armut seit fast 100 Jahren droht.

Die Folgen der Corona-Pandemie treffen die Länder des Globalen Südens besonders hart. 25 afrikanische Staaten stehen vor dem Bankrott. Ihre Währungen sind entwertet, die Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen sind zurückgegangen und internationale Investor*innen haben ihr Kapital abgezogen. In dieser Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist, zeigen sich erneut die schädlichen Folgen neokolonialer Abhängigkeiten. Ein Schuldenschnitt wäre nur ein erster, kleiner Schritt, um der seit Jahrhunderten aufgezwungenen Verelendung zumindest teilweise etwas entgegenzusetzen.

Und auch eine andere globale Krise wird, wenn alles so weitergeht wie bisher, die weltweite Ungleichheit verschärfen: der Klimawandel. Dieser trifft die Länder Afrikas und Asiens besonders hart, wobei es die westlichen Industriestaaten sind, die durch ihre auf Wachstum ausgelegte Wirtschafts- und Lebensweise die Hauptverursachenden für die Erwärmung der Erde sind.

Für den Globalen Süden bleiben nur Brosamen, die in Form von Entwicklungshilfe verabreicht werden, aber doch nur die ausbeuterischen Strukturen festigen und gleichzeitig das Gewissen in den westlichen Metropolen beruhigen. Dabei wäre es an der Zeit, den Begriff der Entwicklung und das dahinter stehende Denken zu hinterfragen. Dies würde einen anderen Blick auf Südamerika, Asien und Afrika eröffnen und, wenn es die Bereitschaft zum Zuhören gäbe, ein anderes Verständnis ermöglichen.

Das Lernen voneinander wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit für eine gerechtere Welt. Denn die Ungleichheit hierzulande kann nicht losgelöst von der Ausbeutung des Globalen Südens verstanden werden. Das kapitalistische Mantra, dass wer sich nur genug anstrengt, es auch schaffen kann, ist schließlich aus demselben Märchenbuch wie die wohlfeilen Ratschläge westlicher Staaten, Freihandel und ein schlanker Staat führten unweigerlich zu Wohlstand und Demokratie.

Die Corona-Pandemie und der zunehmende Klimawandel – beides verstanden als zwei Formen einer globalen multiplen Krisenlage – schärfen das Bewusstsein, dass dem Egoismus der Reichen endlich globale Kooperation weichen muss. Der Wert der Solidarität erhielte dadurch einen neuen, alten Stellenwert als über die Grenzen hinweg gelebte Verbindung zwischen Menschen.

ROLAND ZSCHÄCHNER ist Redakteur des Magazins WEITWINKEL und freier Journalist in Berlin.

Fotos: Gerd Altmann, pixabay.com; privat

ELÍSIO MACAMO

Die von den Vereinten Nationen beschlossenen Ziele für eine nachhaltige Entwicklung halten an Vorstellungen fest, die nur Lösungen für Probleme anbieten. Die Realität in Afrika kann so nicht verstanden werden, denn Veränderungen setzen ein anderes Denken und eine globale Chancengleichheit voraus.

Entwicklungsziele in der Sackgasse

Beim Nachdenken über die Ziele der nachhaltigen Entwicklung könnte es nützlich sein, einer Idee entgegenzuwirken, die in optimistischen Entwicklungsinitiativen tief verwurzelt zu sein scheint. Dies ist die Vorstellung, dass es so etwas wie ein Recht auf Entwicklung gibt. Dieses Recht scheint aus der Überzeugung zu entspringen, dass Menschen eine Verpflichtung haben, anderen zu helfen. Dieser Gedanke ist zu weit gefasst, um in der Entwicklungspolitik von großem praktischen Nutzen zu sein. Die Entwicklungspolitik täte gut daran, den Vorrang des „Do-no-harm-Prinzips" vor jeder Verpflichtung, den Bedürftigen zu helfen, zu betonen. So gesehen, liegen die von den Vereinten Nationen beschlossenen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) nicht im Eigeninteresse der Menschen in Afrika.

Die sogenannte Transformationsagenda, die den SDGs zugrunde liegt, geht von einer tief empfundenen Sorge um das Schicksal derjenigen aus, deren Leben durch feindliche historische, wirtschaftliche und politische Kräfte unglücklich gemacht wurde. Diese Sorge prägt die Entwicklungspolitik. Der Begriff der Entwicklung bezieht sich auf den Prozess, den die Länder bei der Freisetzung ihres Potenzials durchlaufen. Er bezieht sich auf einen zielgerichteten Prozess, der darauf abzielt, Menschen durch Wohlstand glücklich zu machen. Entwicklung bedeutet Bewegung. Bewegung basiert auf der Idee des Fortschritts. Fortschritt bedeutet, dass die Welt und die Menschen, die in ihr leben, besser werden. Er bedeutet auch, dass die Menschheit in der Lage ist, die Welt zu beherrschen.

Beziehungsgeflecht von Problemen anerkennen

Die Hauptfrage ist hier, welchen Preis die Menschen und ihre Gesellschaften zahlen müssen, um sich entwickeln zu können. Unsere moralischen Verpflichtungen fallen unter zwei Kategorien, zumindest was die Themen betrifft, die mich interessieren. Wir haben die Pflicht zu helfen, aber wir haben auch die Pflicht, keinen Schaden anzurichten. Ich bestehe auf dieser Unterscheidung, weil ich glaube, dass sie von zentraler Bedeutung ist, um die Entwicklungshilfe neu zu überdenken und damit zu verstehen, was an den Zielen der nachhaltigen Entwicklung falsch ist. Dies ist eine Aufgabe, bei der es nicht um die Frage geht, warum wir helfen sollten, sondern wann und wie wir helfen sollten. Es gibt alle möglichen Gründe, warum wir helfen sollten, darunter viele schlechte.

Die Entwicklungspolitik ist von der Idee besessen, dass die beste Lösung für jedes Problem die beste technische Lösung für dieses Problem ist. Damit sind aber Probleme verbunden. Wenn man das Beziehungsgeflecht nicht anerkennt, in das jedes Problem eingebettet ist, könnte dies dazu führen, dass Lösungen angenommen werden, die zu größeren Problemen führen als die, die wir ursprünglich lösen wollten. Wenn wir den Zusammenhang zwischen einem Problem und einem anderen aus den Augen verlieren, riskieren wir, neue Dinge zu schaffen, die für uns noch undurchdringlicher sind. Man könnte beispielsweise meinen, dass Malaria ein Moskito-Problem sei. Beseitigt man die Moskitos, beseitigt man auch Malaria. Nur: Das „Moskito"-Problem gibt es nicht. Es gibt das Problem der Bedingungen, unter denen die Menschen leben, die Art des Zugangs zur Gesundheitsversorgung, das Funktionieren der Institutionen, die natürliche Umgebung, in der Menschen leben, kulturelle und soziale Gewohnheiten und so weiter.

Das „Geflecht der Beziehungen" bringt nicht nur komplexere Probleme hervor, sondern schafft auch die Voraussetzungen für seine eigene Reproduktion. Je komplexer die Probleme sind, desto einfacher erscheinen die Lösungen und desto leichter ist es, so viele Menschen wie möglich davon zu überzeugen, dass die Probleme leicht zu lösen sind.

Internationale Agenda verdrängt lokale Politik

Das Versagen, Komplexität anzuerkennen, geht Hand in Hand mit der Verharmlosung der Rolle der Politik. Entwicklungspolitik rahmt Politik als die Verfolgung materieller Ziele wie die der Beseitigung von Armut, Hunger und Analphabetismus ein. Diese erfordern immer technische Lösungen. Das Problem ist jedoch, dass technische Lösungen, die nicht in lokale Diskussionen darüber eingebettet sind, welche Art von Gesellschaft die Menschen haben wollen, auf wackligen Füßen stehen. Denn der Inhalt der lokalen Diskussionen geht über die beste technische Lösung hinaus. Jede Entwicklungspolitik, die diese Politik nicht fördert, ist wahrscheinlich zum Scheitern verurteilt.

Wenn wir Reichtum als Problem definieren, könnten wir so weit gehen, dass wir denjenigen, die mehr haben, vorschlagen, beim Konsum ihres Reichtums moderater vorzugehen oder bereit zu sein, ihn zu teilen.

Die UN-Generalversammlung hat die SDGs als Erweiterung und Verbesserung der Millenniums-Entwicklungsziele angenommen, die erwartungsgemäß nicht erreicht worden waren. Das erste Ziel besteht nun darin, diese Übel bis 2030 zu beseitigen. Man muss kein Hellseher sein, um zu vermuten, dass auch diese Ziele nicht erreicht werden. Als Ausdruck des Engagements für das Wohl aller sind die Ziele keine schlechte Idee. Als Aktionsprogramm lassen sie jedoch zu wünschen übrig. Bei der Beurteilung der Erfolgsaussichten sind zwei Punkte zu berücksichtigen. Der eine ist politisch, der andere konzeptionell.

Die politische Frage ist insofern von Belang, als sie dafür sorgt, dass eine internationale Agenda den lokalen Inhalt der Politik durchsetzt. Anstatt Entwicklung durch Beratung und die Konfrontation mit alternativen Projekten zu erreichen, ersticken die SDGs die lokale Debatte, indem sie diejenigen belohnen, die ihnen zustimmen, und diejenigen, die ihnen vielleicht nicht zustimmen, theoretisch beiseiteschieben. Dies ist problematisch, da wir aus der Idealisierung des europäischen Entwicklungsprozesses wissen, dass die Konfrontation von Ideen nicht nur die Politik gestärkt hat, sondern auch die besten oder zumindest die meisten konsensualen Maßnahmen ermöglicht hat. Der Pluralismus der Ideen ist ein Gewinn für die Entwicklung.

Foto: UN Photo by Manuel Elias

Darüber hinaus war die Herausforderung der Entwicklung in Afrika nie ein Problem des Mangels an Lösungen, nicht einmal an Mitteln, sondern der schwachen Fähigkeit, die Auswirkungen von Lösungen zu bewältigen. Korruption, Unterdrückung, gewaltsame Konflikte, unkontrollierte Migration usw. sind keine Anzeichen dafür, dass etwas mit der afrikanischen Kultur oder Mentalität nicht stimmt. Im Gegenteil, diese Übel sind gewöhnliche Reaktionen auf das, was zur Entwicklung des Kontinents getan wird. Mit anderen Worten, in Afrika ist eine Lösung nicht immer eine Lösung. Sie ist fast immer nur ein Problem. Die SDGs reagieren darauf nicht sensibel, weil sie offenbar auf der Grundlage des Prinzips arbeiten, nachdem das Richtige zu tun, zu den richtigen Ergebnissen führt.

Warum Reichtum das Problem ist

Die zweite Frage ist konzeptioneller Natur und hat damit zu tun, wie die SDGs unter anderem die Beseitigung von Armut und Hunger als eines ihrer Hauptziele definieren. Diese Art von Ziel ist problematisch, weil es uns zurück zur Diskussion über Ziele und nicht über Mittel führt. Die Beseitigung von Hunger und Armut sind hehre Ziele, aber die Frage ist immer, wie man dorthin gelangt. Warum öffnen die reichen Länder ihre Grenzen nicht, damit arme Menschen Arbeit finden können, um ihren armen Verwandten in ihren Herkunftsländern Geld zu schicken? Dies deutet auf ein Problem in den SDGs hin, das darin besteht, nur solche Lösungen zu suchen, die umgesetzt werden können, ohne die bestehenden Strukturen der Welt zu stören. Das Problem ist jedoch, dass sich die Entwicklungsprobleme Afrikas in wichtigen Aspekten aus diesen Strukturen der Welt ergeben.

Daran anknüpfend muss gefragt werden, warum wir die Armut für das Problem halten, d.h. warum die Transformationsagenda die Armut als das zu lösende Problem darstellt. Warum haben wir nie daran gedacht, dass Reichtum das Problem sein könnte? Armut ist nicht deshalb das Problem, weil sie wirklich eines ist, sondern weil das Wirtschaftssystem, das die Welt verwaltet, sie zu einem Problem macht. Es tut dies, indem es die Bewegung von Menschen auf der Suche nach besseren Möglichkeiten als eine Gefahr für das Wohlergehen derer darstellt, die in sogenannten entwickelten Ländern leben. Auf diese Weise verpflichtet uns die Transformationsagenda zu einer Weltsicht, die auf der Idee beruht, dass das Streben nach Reichtum eine unabdingbare Voraussetzung für die Beseitigung der Armut ist. Wenn wir Reichtum als Problem definieren, könnten wir so weit gehen, dass wir denjenigen, die mehr haben, vorschlagen, beim Konsum ihres Reichtums moderater vorzugehen oder bereit zu sein, ihn zu teilen.

Es gibt ein tiefes Gefühl dafür, dass Entwicklungspolitik ein Missverständnis sein könnte. Es ist die Vorstellung, dass es bei der Entwicklungshilfe um Entwicklungsländer geht. Ich glaube das nicht, ganz gleich, was Entwicklungsexpert*innen und Praktiker*innen sagen. Das Problem mit dem vorherrschenden Entwicklungsdenken ist vielfältig und keineswegs neu. Zunächst einmal hat es unvernünftige Erwartungen geweckt, die auf der höchst problematischen Vorstel-

Die Entwicklungspolitik ist von der Idee besessen, dass die beste Lösung für jedes Problem die beste technische Lösung für dieses Problem ist.

Foto: Alex Radelich, unsplash.com

Wissen um eigene Geschichte: Die europäische Entwicklung wäre ohne die Ausbeutung und Unterdrückung der kolonisierten Völker in Afrika nicht möglich gewesen.

lung beruhen, dass das Richtige zu tun alles ist, was man braucht, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Leider ist das nicht die Art und Weise, wie die Welt funktioniert. Die Welt ist nicht fair. Gutes Verhalten wird nicht unbedingt belohnt.

Ein anderes Konzept ist notwendig

Das der Entwicklungshilfe und -politik zugrundeliegende Denken beruht auf einer umstrittenen Annahme. Diese besteht in dem Glauben, dass man weiß, wie sich die entwickelten Länder tatsächlich entwickelt haben. Dies führt oft zu einer Reihe von Rezepten, die in krassem Widerspruch zu empirischen Erkenntnissen stehen. Manche sprechen von starken Institutionen, guter Regierungsführung, Korruptionsfreiheit, Engagement für Demokratie und Menschenrechte usw. und gehen davon aus, dass dies die Voraussetzung für die Entwicklung eines Landes ist. Empirische Beweise erzählen eine andere Geschichte. In Europa zum Beispiel waren starke Institutionen, wirksame Korruptionsbekämpfungsstrategien und allgemein gute Regierungsführung das Ergebnis von Entwicklung, nicht ihre Ursache. Selbst die Achtung der Menschenrechte und der Demokratie würde nur dann zählen, wenn man die massive Verletzung der Würde der kolonialisierten Völker ignorieren würde.

Das Entwicklungsdenken begeht hartnäckig den schweren Fehler, den offenen Charakter der historischen Ereignisse zu ignorieren. Die Teleologie ist ein europäisches Geschichtsdenken. Sie gründet auf der Annahme, dass es ein Ende der Geschichte gibt, das auf verschiedene Weise mit dem Kommen des Messias, dem Beginn einer neuen Ära, der Befriedigung aller menschlichen Bedürfnisse usw. zusammenfällt. Jede neue Situation ist nicht das Ende der Welt, sondern vielmehr die Ankündigung neuer Handlungsmöglichkeiten. Dies ist von unmittelbarer entwicklungspolitischer Relevanz, denn die meisten Übel, die beispielsweise für die Verhinderung der Entwicklung in Afrika verantwortlich gemacht werden, sind in Wirklichkeit afrikanische Reaktionen auf die durch Entwicklungsinterventionen eröffneten Möglichkeiten.

Das Problem mit der Entwicklungspolitik ist die Erwartung, dass ihre Institutionen durch ihre Arbeit Afrika entwickeln werden. Anstatt also auf einer ungerechtfertigten Erwartung zu beharren, sollten wir unsere Meinung darüber ändern, was wir mit Entwicklungshilfe erreichen können, und sie anders konzipieren. Wir sollten Entwicklungspolitik als eine Verpflichtung zur Nivellierung des Spielfeldes verstehen, damit die durch die Geschichte Benachteiligten die Chance erhalten, eine Welt zu bändigen, deren Strukturen sich gegen sie verschwören.

Dies ist eine langfristige Verpflichtung, die auf Geduld beruht. Sie würde Entwicklungspraktiker*innen vor dem Drang bewahren, die afrikanischen Länder jedes Mal mit neuen Strategien und Ansätzen zu überfordern, wenn sie glauben, dass sie für das investierte Geld keinen Gegenwert erhalten. Es könnte auch Politiker*innen und Journalist*innen zähmen, die aus Unkenntnis darüber, was Entwicklung ist, das „Scheitern" der Entwicklung nutzen, um Unzufriedenheit gegen Entwicklungsinstitutionen und Afrikaner*innen zu mobilisieren. Die Menschen in Afrika täten gut daran, zweimal darüber nachzudenken, bevor sie sich auf Programme einlassen, die ihre lokale Politik schwächen. Gerade das tun die SDGs.

ELÍSIO MACAMO ist Professor für Afrikastudien am Department für Gesellschaftswissenschaften der Universität Basel in der Schweiz. Er ist gebürtiger Mosambikaner und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit entwicklungspolitischen Fragen.

Fotos: Agnali, pixabay.com; Privat

NACHGEFRAGT

Für diese Ausgabe des Magazins WEITWINKEL haben wir uns umgehört, was Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe bedeutet.

Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe bedeutet für mich, …

„… die Interessen der Menschen in den Partnerländern müssen in das Zentrum der Entwicklungspolitik gerückt werden. Als Linke fordern wir, dass die Beseitigung von Hunger und Armut, die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Bereichen Gesundheit und Bildung, der Schutz des Klimas, gerechte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die Unterstützung von Friedensprozessen die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern des Südens sein müssen."

Helin Evrim Sommer, entwicklungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

„… Arbeitnehmer*innen in allen Regionen der Welt gleichermaßen im Blick zu haben. Sichere und faire Arbeit für alle zu guten Bedingungen sollte unser erklärtes Ziel, auch in der Entwicklungszusammenarbeit sein. Dafür braucht es neben gewerkschaftlicher Präsenz in den Betrieben und zivilgesellschaftlichem Einsatz auch eine Flankierung durch die Politik, beispielsweise durch ein umfassendes und konsequentes Lieferkettengesetz."

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

„… Respekt und Solidarität. Partnerschaft auf Augenhöhe wird allerdings zu oft als hohle Phrase verwendet. Beispielhaft dafür ist die fehlgeleitete Migrationspolitik Deutschlands und der EU-Mitgliedstaaten, die Fluchtabwehr immer stärker in den Mittelpunkt ihrer Außen- und Nachbarschaftspolitik mit Afrika gerückt haben. Wir müssen die Unterschiede zwischen verschiedenen Ländern anerkennen und damit die historische Verantwortung und das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung. Partnerorientierte Entwicklungszusammenarbeit und gerechte Strukturpolitik schließen sich dabei nicht aus, sie bedingen sich gegenseitig."

Uwe Kekeritz, Sprecher für Entwicklungspolitik der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Fotos: Hoffotografen; IG Metall; Stefan Kaminski

HERAUSGEBER
SODI e.V.
Türrschmidtstraße 7–8
10317 Berlin
Tel.: (030) 920 90 93 - 0
Fax: (030) 920 9093 - 29
info@sodi.de | www.sodi.de

V.I.S.D.P.
Anna Goos

REDAKTION
Roland Zschächner

GESTALTUNG
WEBERSUPIRAN.berlin

DRUCK
Bösmann Medien und Druck GmbH & Co. KG

DRUCKMANAGEMENT
Sievert Druck & Service GmbH

FSC www.fsc.org RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C109521

WEITWINKEL ist auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

AUFLAGE: 1.100

ISSN: 2627-4973

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE: 29. September 2020

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

Mit freundlicher Unterstützung der Stiftung Nord-Süd-Brücken

stiftung nord-süd brücken

SODI ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die sich – kritisch sowie politisch und konfessionell unabhängig – für Gleichberechtigung in der Welt einsetzt.

SODI steht für Solidarität: Mit Initiativen und Organisationen im Globalen Süden engagieren wir uns für die Emanzipation der Menschen und stärken ihre aktive Teilhabe. Unsere Projektarbeit im Ausland verbinden wir mit unserer Bildungsarbeit in Deutschland und kämpfen so für einen Perspektivwechsel in der Entwicklungszusammenarbeit.

Spendenkonto
Solidaritätsdienst International e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00
BIC: BFSWDE33BER

Spenden Sie auch bequem online:
www.spenden.sodi.de

DZI Spenden-Siegel

Mitglied im Bündnis:

Aktion Deutschland Hilft
Bündnis deutscher Hilfsorganisationen

INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ.DE

LUISE STEINWACHS

Mit der Agenda 2030 haben sich die Mitglieder der Vereinten Nationen klaren Zielen verschrieben, um eine global nachhaltige Entwicklung einzuschlagen. Doch auch im Jahr des 75. Geburtstags der UN stellt sich die Frage nach der wirkungsvollen und solidarischen Zusammenarbeit in einer Weltgemeinschaft.

Staatliches Handeln als globale Aufgabe

Foto: UN Photo by Loey Felipe

Im September 2015 haben sich die UN-Mitgliedsstaaten in New York auf die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen verständigt. Sie haben sich damit verpflichtet, die Agenda 2030 – neben dem Pariser Klimavertrag – als Orientierung sowohl für ihre eigene nachhaltige Entwicklung als auch für die internationale Zusammenarbeit zu nutzen. Doch schon bei genauerer Betrachtung der Berichtskonferenz zur Agenda 2030, des High-Level Political Forum (HLPF), wird deutlich, dass bei der Umsetzung der Agenda 2030 nicht nur Regierungen etwas zu sagen haben.

Das HLPF wird gemeinsam von der UN-Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) ausgerichtet. Bei letzterem gibt es 3.200 nicht-staatliche Akteur*innen mit „Konsultativstatus", die sich an Diskussionen beteiligen können. Hierzu gehören beispielsweise auch Berufsverbände wie die Internationale Organisation Leitender Polizeibeamter (IFSPO) und nationale Lobbygruppen wie die National Rifle Association (NRA), die US-amerikanische Waffenlobby.

Viele Beteiligte – viele Interessen

Einzelne Organisationen sind in den „UN Major Groups and other stakeholders" (MGoS) organisiert, zu denen u. a. folgende Gruppen gehören: Frauen, Kinder und Jugend, nichtstaatliche Organisationen, Bäuer*innen, Menschen mit Behinderungen, aber auch z. B. Business und Industrie. Diese Gruppen haben die Möglichkeit, Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge im Rahmen der Berichterstattung einzubringen. Organisationen mit Konsultativstatus haben Zugang zu allen offiziellen Informationen und Dokumenten, dürfen Unterlagen einreichen sowie schriftliche und mündliche Stellungnahmen vorlegen, Empfehlungen abgeben und am Rande des HLPF eigene Veranstaltungen in Kooperation mit Mitgliedsstaaten und dem UN-Sekretariat durchführen. Sie sind also ein wichtiger und hörbarer Teil, der die Erreichung der Agenda 2030 beeinflussen kann und damit auch die Aufstellung der internationalen Zusammenarbeit.

Aus dieser Vielfalt der Akteur*innen ergibt sich ein Spannungsfeld, denn Interessen, Einflussmöglichkeiten und Präsenz sind sehr unterschiedlich. Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen legitimieren ihre Teilnahme an diesen politischen Aushandlungsprozessen damit, dass sie die Rechteinhaber*innen repräsentieren gegenüber den Regierungen, die die Funktion der Pflichtenträger*innen haben. Diese menschenrechtlich basierte Perspektive ist eine der Grundlagen für die Partizipation der Zivilgesellschaft, die allerdings weltweit zunehmend eingeschränkt wird. Schwer verständlich ist dagegen, warum es auf dem HLPF ein geschlossenes „Business Forum" gibt.

Auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung?

Die Idee, dass Entwicklungszusammenarbeit zwischen Regierungen stattfindet, ist richtig. Trotzdem muss auch die breite Akteur*innenlandschaft mit in den Blick genommen werden, wenn es darum geht, ihre Erfolge zu bewerten und ihre Zukunft zu prognostizieren. Der neueste Fortschrittsbericht zur Erreichung der Agenda 2030, der am 7. Juli 2020 in New York vorgestellt wurde, zeichnet hier ein düsteres Bild: Die globale Armut steigt seit 1998 wieder an. In armen Ländern haben 72 Prozent, das heißt drei Milliarden Menschen, keine Möglichkeit, sich die Hände zu Hause zu waschen – und das in Zeiten der COVID-19-Pandemie. Die Zahl der Menschen, die unter Hunger leiden, nimmt weiterhin zu und wird durch die Pandemie verschärft.

Das Regulieren wirtschaftlicher Aktivitäten über nationalstaatliche Grenzen hinaus – also ein System globaler Governance – kann ein wirkungsvolles Gegenüber für transnationale Akteur*innen bilden.

Auch die Ungleichheit nimmt innerhalb und zwischen Staaten zu. Ungleichheit nimmt deshalb zu, weil immer mehr Reichtum auf immer weniger Menschen konzentriert wird – weltweit. Das hat strukturelle Ursachen, die interessengeleitet produziert und reproduziert werden.

Das mögliche Scheitern der Agenda 2030 ist also nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Anstrengungen, Konzepte und Maßnahmen von Regierungen, Städten, privaten Akteur*innen, Zivilgesellschaft und anderen nicht ausreichen, sondern auch darauf, dass es Akteur*innen gibt, die den Status quo, die Ausbeutung der Umwelt und anderer Menschen, gar nicht verändern wollen, denn dies wäre vermeintlich weniger profitabel.

Foto: Davi Mendes, unsplash.com

Bei der Umsetzung der UN-Ziele für eine nachhaltige Entwicklungen beraten neben Regierungen auch Lobbygruppen mit.

Schutz der Menschenrechte ist ein Schlüsselfaktor

Staatliches Handeln bleibt daher unabdingbar. Denn das Regulieren wirtschaftlicher Aktivitäten über nationalstaatliche Grenzen hinaus – also ein System globaler Governance – kann ein wirkungsvolles Gegenüber für transnationale Akteur*innen bilden. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene ist ein wichtiges Element in diesen Governance-Strukturen, sodass über politische und demokratische Beteiligung Einfluss genommen werden kann – im besten Sinne für das Gemeinwohl. Der Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte sind dabei Schlüsselfaktoren.

Wahrscheinlich wird die Ausbeutung von Mensch und Natur, die virtuelle Landnahme und die Überbeanspruchung von Wasserressourcen, die Auslagerung von Wirtschaftsaktivitäten in profitable Länder und die Verletzung der Menschenrechte erst dann aufhören, wenn das Bewusstsein des Gemeinsamen die nationale Identifikation überlagert. Damit kann wirkliche Solidarität im Sinne von „Wir sitzen alle in einem Boot" oder eben auf einer Erde gelebt werden.

DR. LUISE STEINWACHS leitet das Referat Grunddienste und Ernährungssicherheit in der Politikabteilung von Brot für die Welt. Sie ist stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Verbandes für Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO).

Foto: Brot für die Welt

EVA-MARIA SCHREIBER

Die deutsche Entwicklungspolitik setzt zunehmend auf die Förderungen von Investitionen in den Ländern des Globalen Südens. Dabei hilft sie Unternehmen Steuern zu sparen, während die Staatshaushalte der Investitionsländer leer ausgehen.

Wie **Steuerabkommen** die **globale Ungleichheit** zementieren

Die deutsche Entwicklungspolitik schwimmt derzeit auf einer Privatisierungswelle. Immer stärker setzt sie Entwicklungszusammenarbeit mit der Förderung des Privatsektors gleich und versucht, deutschen Unternehmen insbesondere den afrikanischen Markt mit Anreizen schmackhaft zu machen. Dafür stehen die „Reformpartnerschaften" sowie die Initiative „Compact with Africa".

Es gibt viele grundlegende Zweifel, ob der Fokus auf Privatinvestitionen zu einer nachhaltigen, inklusiven Entwicklung der Länder des Globalen Südens führen wird. Eines ist jedoch klar: Wenn die Bundesregierung schon wirtschaftliche Aktivitäten deutscher Unternehmen in Ländern des Globalen Südens fördert, muss sie auch dafür sorgen, dass „Entwicklungsländer ihren fairen Anteil an den bei ihnen erwirtschafteten Gewinnen und so mehr Eigeneinnahmen erhalten" (BMZ-Strategiepapier 2030, S. 20).

Das selbst gesteckte Ziel – sogenannten Entwicklungsländern zu helfen, ihre Steuereinnahmen und damit ihre finanziellen Spielräume zu erhöhen – torpediert die Bundesregierung immer wieder selbst.

Niedrige Steuern für deutsche Unternehmen ...

Das selbst gesteckte Ziel – sogenannten Entwicklungsländern zu helfen, ihre Steuereinnahmen zu erhöhen und damit ihre finanziellen Spielräume zu vergrößern – torpediert die Bundesregierung immer wieder selbst. Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) spielen dabei eine wesentliche Rolle. Hinter diesem sperrigen, technischen Ausdruck verbirgt sich die Regelung einer hochpolitischen Frage: Wer bekommt welchen Anteil der Steuern, die bei einer wirtschaftlichen Aktivität eines Unternehmens oder einer Privatperson aus Land A (in unserem Fall Deutschland) in Land B (z. B. Kolumbien) anfallen. Für Länder des Globalen Südens ist dies entscheidend, denn ihre Staatshaushalte sind in viel stärkerem Maße von der Besteuerung internationaler Akteur*innen abhängig als die der Industrieländer.

Deutschland hat derzeit mit 98 Ländern DBA abgeschlossen, 42 davon mit sogenannten Entwicklungsländern. Mit 61 Ländern befindet sich die Bundesregierung derzeit in (Neu-) Verhandlungen. Ihr Ziel ist es, mithilfe von DBA eine doppelte Besteuerung von Unternehmen im Herkunfts- und Investitionsland zu verhindern. Was sie nicht sagt: In der Regel sind die deutschen DBA so gestaltet, dass sie die Höhe der Abgaben für Unternehmen möglichst niedrig halten. Denn sie schreiben fest, dass Einnahmen von Unternehmen nur in einem Staat besteuert werden, das andere Land diese Einnahmen aber von der Steuer freistellt, auch wenn dort höhere Steuersätze anfielen. Das Profitinteresse der Unternehmen zählt mehr als das Interesse der Staaten, Steuereinnahmen zu generieren.

... fehlende Steuereinnahmen im Globalen Süden

Betrachtet man die deutschen DBA mit Ländern des Globalen Südens, fällt ein zweites Ungleichgewicht ins Auge, auf das u. a. der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hinweist: „DBA sind in der deutschen Verhandlungspraxis geprägt vom Interesse, möglich viel Steuersubstrat für Deutschland zu sichern. Entwicklungspoltische Aspekte sind in den Abkommen nur vereinzelt nachweisbar." Schuld für dieses Ungleichgewicht sind eine enge Definition von Betriebsstätten und eine relativ restriktive Quellenbesteuerung von Dividenden, Lizenzen und Zinsen.

Die Betriebsstättendefinition legt fest, ab wann die physische Präsenz eines Unternehmens im Ausland als Betriebsstätte gezählt wird (zählt beispielsweise ein Lager als Betriebsstätte?) und damit einer Besteuerung im Investitionsland unterliegt. Je enger diese Definition ist, umso schlechter ist sie für Länder des Globalen Südens, die in aller Regel Zielland von Investitionen sind. Die Quellenbesteuerung wiederum legt fest, wie hoch die Steuern auf die Gewinne ausfallen dürfen, die ein ausländisches Unternehmen im Investitionsland macht. Je geringer diese Besteuerung, desto schlechter für das Investitionsland – und desto besser für Deutschland, da die Gewinne in der Regel ins Heimatland des Konzerns weitergeleitet werden. In den vergangenen 50 Jahren haben sich bei den deutschen DBA mit Ländern des Globalen Südens beide Parameter (Betriebsstättendefinition und Quellenbesteuerung) zum Nachteil der Partnerländer verschlechtert.

Fotos: Mark Williams, unsplash.com; Soroush Zargar, unsplash.com

Deutschland zählt zu den Industrieländern, deren Doppelbesteuerungsabkommen die schlechtesten Konditionen für die Länder des Globalen Südens bieten.

Zum Vorteil von Unternehmen: Durch Abkommen mit westlichen Ländern verlieren beispielsweise afrikanische Staaten dringend benötigte Steuereinnahmen.

Deutschland zählt zu den Industrieländern, deren DBA die schlechtesten Konditionen für die Länder des Globalen Südens bieten, wie Martin Hearson von der London School of Economics erforscht hat. Die Bundesregierung weist diese Kritik mit dem Hinweis zurück, durch DBA gebe es mehr Investitionen, was automatisch zu höheren Steuereinnahmen führe. Dem widersprechen Hearson und andere Expert*innen: Dass DBA Investitionen ankurbelten, sei empirisch nicht belegt. Hingegen seien für Länder des Globalen Südens die fiskalischen Kosten (in Form von geringeren Steuereinnahmen) der DBA hoch. Deswegen warnt selbst der Internationale Währungsfonds diese Staaten, sich gut zu überlegen, ob sie DBA abschließen wollen.

Verstärkt wird das Problem dadurch, dass viele Konzerne „treaty shopping" betreiben: Sie tätigen ihre Investitionen über Standorte, die besonders investorenfreundliche DBA abgeschlossen haben. Das sind insbesondere Steueroasen wie Mauritius, aber auch die Niederlande. Die Deutsche Entwicklungs- und Investitionsgesellschaft DEG, eine Tochtergesellschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), hält mehr als die Hälfte ihrer 240 Beteiligungen an Unternehmen und Fonds in solchen Steueroasen. Eine staatliche Entwicklungsbank trägt somit direkt zu Steuerausfällen in Ländern des Globalen Südens bei.

Außenhandels- oder Entwicklungspolitik?

Will die Bundesregierung ihren Anspruch einer Partnerschaft auf Augenhöhe mit Ländern des Globalen Südens auch in Steuerangelegenheiten nachkommen, muss sie

- eine Folgenabschätzung zur Wirkung bestehender DBA mit den Partnerländern durchführen;
- zukünftige DBA mit Ländern des Globalen Südens stärker an den entwicklungspolitischen Bedürfnissen und fiskalischen Interessen der Partnerländer auslegen sowie alte DBA in diesem Sinn neu verhandeln;
- Beteiligungen deutscher Entwicklungsbanken in Steueroasen unterbinden.

In der Entwicklungspolitik darf die Förderung von Privatinvestitionen kein Selbstzweck sein. Diese können nur durch die Erhöhung der Staatseinnahmen zu einer positiven gesamtgesellschaftlichen Entwicklung (z. B. im Gesundheits- und Bildungsbereich) beitragen. Die deutsche Entwicklungspolitik muss sich entscheiden: Steht sie für diesen Weg ein oder degradiert sie sich zu einer Filiale der deutschen Außenhandelskammer.

EVA-MARIA SCHREIBER ist Bundestagsabgeordnete der Linksfraktion und Obfrau im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Fotos: Annie Spratt, unsplash.com; Bundestag

ANDREAS BOHNE

Viele entwicklungspolitische Akteur*innen haben in den vergangenen Jahren einen Prozess der Entpolitisierung durchgemacht. Doch die aktuellen mulitplen Krisen benötigten gerade jetzt eine gesellschaftliche Antwort. Möglichkeiten für eine Repolitisierung würden postkoloniale und intersektionale Ansätze bieten, die eine Kritik an westlichen Perspektiven und einem aggressiven Wirtschaftssystem beinhalten.

Statt **Entwicklung** der **Politik** den Vorrang geben

Ein Umdenken ist notwendig: Konzepte wie das der „Imperialen Lebensweise" können kritische Impulse geben, um einen anderen Blick auf die Welt zu bekommen.

Ist zivilgesellschaftlich getragene Entwicklungspolitik etwa unpolitisch? Warum muss etwas „politischer" werden, was „Politik" im Namen trägt? Es würde ein – berechtigter – Sturm der Entrüstung losbrechen, spräche man den entwicklungspolitischen Akteur*innen politische Überzeugungen oder gar Handeln ab. Das ist auch aufgrund der Diversität gar nicht möglich. Zudem gilt dieses bei genauerer Betrachtung weniger für die kleinen Akteur*innen als für die großen Tanker der „Szene". Doch an dieser Stelle geht es um ein Plädoyer für mehr Politik und neue Wege.

Früher war nicht alles besser, aber …

Für sich als progressiv verstehende Akteur*innen ist ein „Früher war alles besser" ein Graus. Aber es kann festgestellt werden, dass entwicklungspolitische Impulse früher stärker Eingang in akademische und politische Diskurse gefunden haben. So wurden Debatten um „Nachholende Entwicklung" oder die „Dependenztheorie" seitens der Entwicklungspolitik befruchtet. Letztere betont die Abhängigkeit der Peripherie von den Metropolen und stellt hegemoniale Strukturen heraus, die sie zu überwinden versucht. Trotz ihrer falschen Annahme einer statischen und universellen „Entwicklung" auf Basis des Bruttosozialproduktes und des Primats der Ökonomie über alle anderen Lebensbereiche gab es eine Ausstrahlungskraft. Viele Werke regten zur Selbstreflexion einer westlichen Perspektive an. Wer bestimmt, was „Entwicklung" ist? Das war eine der entscheidenden Fragen.

Ein weiterer Punkt ist entscheidend. Die unzähligen Solidaritätsinitiativen oder „Dritte-Welt-Gruppen" und deren Untergehen im Laufe der Zeit. Viele Jahre wurden gesellschaftliche Realitäten und Utopien – man denke an Nicaragua, Simbabwe

Foto: Ian Panelo, pexels.com

oder Mosambik – begleitet, ein Süd-Nord-Diskurs vehement propagiert und praktische Solidarität, die durchaus paternalistisch geprägt war, geübt. Man agierte als Stachel im Fleisch der Regierenden, ärgerte wegen des oftmals unorthodoxen Verhaltens und war investigativ. Die Aufdeckung des Atomdeals zwischen der Bundesrepublik und dem rassistisch-kapitalistischen Apartheidregime in Südafrika steht dafür exemplarisch. Doch in den vergangenen Jahren wich Desillusionierung der Euphorie.

Letztmalig konnte die globalisierungskritische Bewegung, deren Beginn die Proteste gegen das WTO-Treffen in Seattle 1999 war, eine mehrjährige Repolitisierung einleiten. Hier ließen sich im großen Umfang Kritik an makroökonomischer Deregulierung, Schuldenproblematiken oder Forderungen wie nach einer Finanztransaktionssteuer ein- und zusammenbringen.

In welchen politischen Arenen agieren?

Früher mehr als heute verorten sich die Akteur*innen außerhalb der staatlichen oder multilateralen Institutionen. In den vergangenen Jahren änderte sich dies: Viele Nichtregierungsorganisationen (NROs) nehmen an den UN-Klimagipfeln teil, fahren zu Plenary Sessions oder sind in Multi-Stakeholder-Dialogen involviert. Hier wird versucht, mit Politiker*innen und sogenannten Entscheidungsträger*innen ins Gespräch zu kommen und diese zu beeinflussen. Aber sind die Erfolge nicht oftmals marginal? Natürlich ist der Austausch notwendig, aber die Gefahr einer Mitmachfalle und einer Vereinnahmung ist gegeben. Damit geht einher, dass viele Akteur*innen sich, auch aufgrund des Zwangs einer Selbstpositionierung, an Partikularthemen ausrichten. Ein Beispiel: Ein lange überfälliges Lieferkettengesetz, das Unternehmen verpflichtet, menschenrechtliche Standards einzuhalten, und Verstöße sanktioniert, bleibt hinter der notwendigen Kritik an der kapitalistischen Warenökonomie oder dem Hinterfragen von Wachstumsraten zurück.

Dabei bietet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) oftmals eine Steilvorlage. Trotz vieler positiver Reden von Bundesminister Gerd Müller ist die Praxis eine andere. In den vergangenen Jahren wurde die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu einer Wirtschaftshilfe für deutsche Unternehmen ausgebaut. Dafür stehen exemplarisch der „Marshallplan mit Afrika" oder „Entwicklungsprojekte", die der deutschen Energieversorgung dienen sollen wie der aktuelle Vorstoß des Afrikabeauftragten der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, für ein Staudammprojekt in der Demokratischen Republik Kongo.

Postkoloniale und intersektionale Ansätze als Option

Intersektionale und postkoloniale Diskurse haben das Potenzial, die zivilgesellschaftliche Entwicklungspolitik wieder politischer zu gestalten, ebenso die oftmals genutzte Worthülse der „Entwicklung", die sich auch in den Sustainable Development Goals findet, in den Hintergrund treten zu lassen. Außerdem könnten damit Kolonialismus, Rassismus, Migration, Sexismus und Kapitalismus in einen Zusammenhang gesetzt werden. Wie heißt es doch so schön: „Wer vom Rassismus redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen!" Der Ansatz von „race"[1], „class" und „gender" kann neue Wege aufzeigen, zu Impulsen beitragen und zu neuen Netzwerken und Allianzen führen – beides benötigen wir.

In den vergangenen Jahren haben die entwicklungspolitischen Akteur*innen vieles über ein herrschafts- und machtkritisches Denken gelernt. Doch sie haben noch einiges vor sich. Gleichzeitig muss in Anbetracht der gegenwärtigen multiplen Krisen mehr politisch-ökonomisch gedacht werden. Konzepte wie zum Beispiel das der „Imperialen Lebensweise" müssen stärker seitens der entwicklungspolitischen Akteur*innen für kritische Impulse aufgegriffen werden. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Einige Themen müssen wieder hervorgeholt werden, die unter den Tisch gefallen sind. Dazu zählt die Frage von Krieg und Frieden.

Daher müssen einige Themen wieder hervorgeholt werden, die unter den Tisch gefallen sind. Dazu zählt die Frage von Krieg und Frieden. Nur wenige Nichtregierungsorganisationen kritisieren offensiv Waffenexporte, eine migrationsfeindliche Sicherheitspolitik oder die Verschiebung von europäischen Außengrenzen nach Afrika. Insbesondere große NROs schweigen hier oftmals, hat man den Eindruck.

Und warum nicht endlich mehr fordern und die Frage nach Vergesellschaftung stellen? Hat denn nicht gerade die Corona-Krise gezeigt, welche Rolle die öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherungssysteme weltweit spielen müssen? In Anbetracht der zu erwartenden globalen Austeritätspolitiken bedarf es hier politischer Interventionen.

Entwicklungspolitische Akteur*innen sind ohne Frage politisch. Aber es gibt Potenzial nach oben.

1 Über den kritischen Gebrauch des Begriffes ist sich der Autor bewusst.

ANDREAS BOHNE ist Politischer Referent beim Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag (BER e.V.).

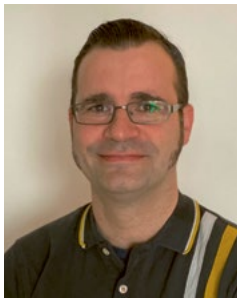

Foto: Privat

TRAN THI LANH

Indigene Gemeinschaften in Südostasien stehen an vorderster Front im Kampf gegen westliche Agrarkonzerne. Dabei geht es nicht nur um die Zerstörung der traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise, sondern auch um den Schutz der Umwelt. Westlichen Geldgebern fehlt oftmals das Verständnis für diese Situation. Darum werden Süd-Süd-Kooperationen immer bedeutender.

Eine **Alternative** zur **westlichen Agrarindustrie**

Schutz der Natur und indigenen Gemeinschaften: Regionale Netzwerke von ökologischen Betrieben sind in Vietnam, Thailand und Laos eine Alternative zur umweltzerstörerischen Industrialisierung der Landwirtschaft.

Wir als Community Entrepreneur Development Institute (CENDI) arbeiten mit Gemeinschaften indigener ethnischer Minderheiten in Vietnam zusammen. Unser Ziel ist es, die Souveränität ihrer Lebensweise zu gewährleisten. Das heißt also das Recht der Menschen, ihre Gebiete im Einklang mit ihren kulturellen Werten und ihrem Gewohnheitsrecht zu verwalten, um nachhaltig und ökologisch zu produzieren. Dabei arbeiten wir mit europäischen Geberorganisationen zusammen. Wir haben allerdings unterschiedliche Erfahrungen mit diesen gesammelt.

Bei unserer Arbeit richten wir uns nach den indigenen Gemeinschaften und deren Bedürfnissen, die nach den eigenen kulturellen Werten definiert und artikuliert werden. Wir sind der Ansicht, dass die Prioritäten einiger europäischer entwicklungspolitischer Organisationen diesem entgegenstehen. Denn diese Organisationen verstehen nur wenig von den Lebensweisen und Existenzbedingungen der indigenen Minderheiten.

Die Agenden einiger europäischer Organisationen richten sich eher an den eigenen politischen, ideologischen oder finanziellen Anliegen aus. Das gilt insbesondere für jene, die von staatlicher Unterstützung abhängig sind. Sie sind bei der Kontrolle der budgetierten Ausgaben besonders streng. Auch verstehen sie nicht, dass man flexibel sein muss, wenn Projektmaßnahmen in einem Feld umgesetzt werden, in dem sich schnell neue Situationen ergeben und sich die Bedingungen im Verlauf des Projekts unerwartet ändern können.

Ziel: Veränderung des Regierungssystems

Wenn eine solche Krise eintritt, ist schnelles Handeln erforderlich. Falls hierfür aber im ursprünglichen Projektantrag keine Mittel vorgesehen sind, bleibt die Unterstützung aus. Die regierungsabhängigen Geberorganisationen sind in dieser Hinsicht besonders unbeweglich und unkooperativ. Organisationen, die sich durch private Spenden finanzieren, sind da eher einsichtig.

Staatliche Institutionen, wie die Europäische Kommission, verfolgen eine eigene politische Agenda, die darauf abzielt, die Empfängerstaaten dazu zu drängen, ihr Regierungssystem zu ändern. Zur Umsetzung dieser Agenda nutzen sie zi-

Foto: Xuân Huy Hoàng

vilgesellschaftliche Organisationen und indigene Gemeinschaften vor Ort als Stellvertretende. Doch lassen sie diese dann mit den Folgen der Konflikte allein, die unweigerlich durch ihre Strategie provoziert werden.

Betrachtet man die Situation etwas breiter, so besteht die größte Gefahr für das Überleben der indigenen Gemeinschaften in dem räuberischen Vorgehen der westlichen Agrarkonzerne. Diese berauben durch ihre auf Profit abzielende Gier nach billigem Land und billiger Arbeit indigene Völker ihres Besitzes, ihrer Kulturen und ihrer Lebensweisen. An deren Stelle treten industrielle Monokulturen, bei denen nur die Ergiebigkeit zählt und bei deren Anbau umweltschädliche Chemikalien eingesetzt werden. Die geistigen Väter dieses alles andere als nachhaltigen, von Gier getriebenen globalen Nahrungsmittelregimes sind die Feinde nicht nur indigener Menschen, sondern der ganzen Welt: Sie sind die Feinde der Natur, von der die Existenz des Menschen abhängt.

Dies wird der Welt jetzt endlich klar – und zwar durch die Corona-Krise. Wissenschaftler*innen haben bestätigt, dass solch lebensgefährliche Viren eine direkte Folge der Zerstörung der Natur sind. Dazu zählt die Abholzung und Brandrodung von Wäldern und die Vertreibung von umweltbewussten Kleinbäuer*innen von ihren Höfen, um großflächig angebauten genetisch einheitlichen Monokulturen Platz zu machen. Diese Form der Landwirtschaft bringt diese tödlichen Viren hervor, erhöht deren Gefahr und sorgt weltweit für deren Übertragung auf den Menschen.

Hoffnung auf Wende durch Corona-Pandemie

Durch die Ausbreitung dieser umweltzerstörerischen Agrarunternehmen in den Globalen Süden sind indigene Menschen an die vorderste Front des Kampfes gegen diese Konzerne geraten. Die europäischen Institutionen profitieren von diesem todbringenden Export, ihnen ist es daher unangenehm, sich ihnen entgegenzustellen. Sie finden es bequemer, ihre Energie darauf zu verwenden, ihre eigenen selbstgerechten Sorgen um die Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern, während sie die soziale und kulturelle Gewalt, die Umweltverschmutzung, Krankheit und Tod ignorieren, die sie in den Süden exportieren.

Nun in der Corona-Krise sind sie selbst nicht mehr frei von all diesem Übel. Vielleicht werden sie jetzt, da ihre eigene Gesundheit, ihr Leben und ihre Lebensweisen durch eine Pandemie gefährdet sind, die durch ihre globalen Agrargeschäfte über die Welt gebracht wurde, endlich aufwachen und die Zerstörung der Natur und der indigenen Lebensweisen wahrnehmen, die sie zuvor ignoriert hatten.

Wir im Globalen Süden sind mit der Tatenlosigkeit unserer eigenen Regierungen konfrontiert, die von ihren Gegenübern im Norden erpresst und manipuliert werden. Gleichzeitig sind wir in unserem Kampf gegen die Auswirkungen des westlichen Agrarimperialismus von Hilfsorganisationen des Nordens abhängig. Wir verlieren allerdings in diesem Kampf auf Leben und Tod rasant das Vertrauen in Nord-Süd-Partnerschaften und wenden uns jetzt Süd-Süd-Kooperationen mit Graswurzelorganisationen zu. Sie können aus eingerer Erfahrung nachvollziehen, denn auch sie müssen mit den aus dem Norden exportierten Schrecken leben.

Die indigenen Völker in Südostasien sind damit konfrontiert, dass profitorientierte multinationale Konzerne und vom Freihandel profitierende Unternehmen eine verheerende Wirkung auf ökologische Lebensweisen haben, die auf Autarkie und Bewahrung der Biodiversität zugeschnitten sind. Eine Agrarpolitik, die allein auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichtet ist, fördert großflächige Rodungen natürlicher Waldbestände. An deren Stelle treten kommerzielle Monokulturen, deren Ernten dem schnellen Geld dienen.

Wir verlieren rasant das Vertrauen in Nord-Süd-Partnerschaften und wenden uns jetzt Süd-Süd-Kooperationen mit Graswurzelorganisationen zu.

Aufbau von lokalen Wirtschaftsstrukturen

Die Folge ist, dass ein riesiger Schatz an lokalem Wissen sowie natürlicher und kultureller Diversität durch Plantagen von Monokulturen verdrängt wird. Dieser Schatz ist nicht nur für Vietnam von großem Wert, sondern für die ganze Welt, denn er wurde von indigenen Völkern über Generationen bewahrt und fortgeführt. Diese sollen Gummi, Akazienholz, Maniok zur industriellen Verarbeitung und für den Export liefern – mit tief greifenden Folgen für Ökosysteme, Landschaften, Klimabedingungen, Gesellschaften und Kulturen.

CENDI hat sich zum Ziel gesetzt, junge Ökobäuer*innen in Vietnam, Laos und Thailand dabei zu unterstützen, ein Netzwerk von ökologischen Agrarbetrieben und lokalen Firmen aufzubauen. Dieses dient als Basis für neue regionale Wirtschaftsstrukturen, wobei sich die Gemeinschaften auf indigenes Umweltwissen und Gewohnheitsrecht beim Umgang mit natürlichen Ressourcen stützten. Die ökologische Produktion und Verarbeitung von Bioprodukten – wie diversen einheimischen Getreidesorten, Erzeugnissen des traditionellen Textilhandwerks, Kräuterpräparaten usw. – für verantwortungsbewusste Abnehmer*innen soll eine indigene Alternative zur umweltzerstörerischen und ethnozidalen Industrialisierung der Landwirtschaft sein, die der Welt von den westlichen Agrarunternehmen aufgezwungen wird.

TRAN THI LANH ist Gründungspräsidentin der Organisation CENDI und des Forschungsinstituts für sozialpolitische Ökologie (SPERI). Sie promovierte über Bio-Humanökologie und engagiert sich seit den 1990er-Jahren für die Souveränität des Lebensunterhalts indigener Völker in der Region Mekong.

Übersetzung aus dem Englischen von Hartmut Schröder.

Foto: CENDI

EIN INTERVIEW MIT RUI SEBASTIÃO MATUSSE

Seit 25 Jahren besteht eine Partnerschaft zwischen den Bezirken KaMubukwana im mosambikanischen Maputo und Lichtenberg in Berlin. Dabei lernten die beiden Gemeinden voneinander. Durch die Corona-Pandemie stehen sie nun vor neuen Herausforderungen. Interview: Roland Zschächner

Durch **Solidarität** gemeinsam **Hand in Hand gehen**

Praktische Vermittlung von Wissen: Schüler*innen der Bagamoyo-Schule in Maputo erfahren bei Umweltprojekten mehr über die Pflanzen ihres Landes.

Seit 1995 besteht die Städtepartnerschaft zwischen den Bezirken KaMubukwana in Maputo und Lichtenberg in Berlin. Wie ist es dazu gekommen?

Die Initiative ging von einer deutschen Organisation und jungen ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen in der DDR aus. Sie luden Studierende ein, ihre Solidarität mit dem damaligen Fünften Stadtbezirk in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo zu zeigen. Dieser Bezirk ist das heutige KaMubukwana. Weitere Aktivitäten folgten daraus.

Wie sieht die Partnerschaft zwischen KaMubukwana und Lichtenberg heute aus?

Das Engagement von SODI, der Verwaltung und des Bürgermeisters von Lichtenberg sowie anderer Akteur*innen wie den Kleingärtner*innen, dem Sana-Klinikum oder der Alexander-Puschkin-Schule haben gezeigt, wie zusammengearbeitet werden kann. Zukünftig ist es notwendig, dass mehr Akteur*innen einbezogen werden, insbesondere in dieser Zeit, in der die Welt vor zwei Herausforderungen steht, die eine nachhaltige Entwicklung infrage stellen: die COVID-19-Pandemie und der Klimawandel.

Was haben Sie durch die Partnerschaft gelernt?

KaMubukwana hat vor allem beim Erfahrungsaustausch zwischen Frauen, Studierenden, medizinischem Personal, Kleingärtner*innen, Lehrer*innen, Beamt*innen, aber auch bei Umweltfragen und durch Spenden für bedürftige Familien von der Partnerschaft profitiert. Wir haben gelernt, dass der Mensch durch Solidarität lernen kann zu gehen, und anderen helfen kann, ebenfalls zu gehen, sodass wir gemeinsam Hand in Hand gehen können.

Beide Bezirke verbindet auch eine gemeinsame Geschichte: Der Befreiungskampf Mosambiks wurde von Berlin aus unterstützt. Welche Rolle spielt diese Vergangenheit für die Partnerschaft?

Die Geschichte des Befreiungskampfs trägt dazu bei, dass beide Länder noch immer freundschaftlich verbunden sind. Das betrifft zudem Tansania, wo viele mosambikanische Kämpfer*innen von der DDR ausgebildet wurden und logistische Unterstützung erhielten. Auch nach der Unabhängigkeit erhielt Mosambik deutsche Unterstützung. So wurden Jugendliche an deutschen Schulen ausgebildet, andere gingen als Vertragsarbeiter*innen in industrielle Großbetrie-

Foto: SODI

be der DDR, um zu lernen. Nun ist die Partnerschaft direkt, lokal und konkret.

25 Jahre sind eine lange Zeit. An welche Projekte erinnern Sie sich heute mit Freude zurück?

Natürlich waren alle Maßnahmen wichtig, die im Rahmen der Partnerschaft unternommen wurden. Hervorzuheben sind jedoch die Kooperationen zwischen Schulen und Kleingärtner*innen, die Unterstützung mit Nähmaschinen für die Frauen von Avima, dem Verband der Witwen und alleinstehenden Frauen, die Einrichtung eines Computerraums an der Zedequias-Manganhela-Sekundarschule, die Umsetzung des Projekts zum Klimawandel und zur Umwelterziehung in der Gemeinde Boane und in KaMubukwana sowie das Projekt zur Ernährungssicherheit in Boane und der Bau eines Frauenzentrums in KaMubukwana.

„Alle Veranstaltungen, an denen ich sowohl in Maputo als auch in Berlin teilnahm, waren etwas Besonderes und unvergesslich."

Gab es neben den vielen schönen Momenten auch Ereignisse, bei denen die Partnerschaft an ihre Grenzen stieß?

Alle Veranstaltungen, an denen ich sowohl in Maputo als auch in Berlin teilnahm, waren etwas Besonderes und unvergesslich. Sie waren wunderbar, sowohl die mit dem amtierenden Bürgermeister Michael Grunst als auch mit dessen Vorgängerin Christina Emmerich. Die Veranstaltungen bei den gemeinsamen Besuchen zeigten Interesse an der Vertiefung und Festigung der Zusammenarbeit. Meiner Meinung nach wird dank des Wunsches aller Beteiligten die Städtepartnerschaft nie an Grenzen stoßen, sondern sich immer weiter zur Zufriedenheit von Lichtenberg und KaMubukwana entwickeln.

Nicht nur theoretisch: Solidarität ist die Grundlage für gelebte Partnerschaft auf Augenhöhe.

In Deutschland wird darüber diskutiert, ob Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe möglich ist. Was halten Sie davon?

Die Zusammenarbeit ist bereits ein Schritt in Richtung einer Entwicklung auf Augenhöhe. Wichtig ist es dabei, die gemeinsamen Interessen zu benennen und diese zu vertiefen. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Welt durch die Art und Weise, wie nach Interessen gedacht und gehandelt wird, dynamisch ist. Um Gleichberechtigung zu verwirklichen, ist es entscheidend, den Geist der Solidarität zwischen den Völkern weiter zu kultivieren. Die Verbundenheit und der Zusammenhalt der Menschen muss dafür zur Richtschnur gemacht werden, damit die Kooperation auf Augenhöhe zur Realität wird und nicht nur theoretisch bleibt. Ich will aber auch betonen, dass wir Unterschiede in verschiedenen Aspekten des Denkens und besonders des Seins respektieren müssen.

*Die Corona-Pandemie schränkt auch Städtepartnerschaften ein. Besuche sind kaum möglich. Wie halten Sie Kontakt zu Ihren Kolleg*innen in Lichtenberg?*

In der Tat ist COVID-19 ein Hindernis für die Partnerschaft. Wir sind davon unmittelbar betroffen, doch gelingt es uns durch die vorhandenen Möglichkeiten wie E-Mail, WhatsApp oder Skype weiterhin in Kontakt zu bleiben.

Versuchen wir, in die Zukunft zu blicken. Was ist Ihre Vorstellung von der zukünftigen Zusammenarbeit mit Lichtenberg?

Es gibt zwei Aspekte, die uns stärken und entschlossen voranbringen sollten. Zum einen müssen wir stets nach vorne blicken und alle Hindernisse für die Partnerschaft aus dem Weg räumen. Zum anderen müssen wir, solange die Pandemie andauert, intensiv in Kommunikationstechnologien investieren, damit die Entfernung überbrückt und unsere Zusammenarbeit gefestigt wird, um Ideen und Projekte zum Wohle unserer Kommunen zu diskutieren.

Abschließend möchte ich diejenigen würdigen, die vor 25 Jahren die Initiative für die Städtepartnerschaft ergriffen haben. Wir können sie heute als wahre Held*innen betrachten.

DIE STÄDTEPARTNERSCHAFT

zwischen dem Bezirk KaMubukwana in der mosambikanischen Hauptstadt Maputo und dem Bezirk Lichtenberg von Berlin wurde im August 1995 begründet. Die Initiative dafür ging maßgeblich zurück auf einen Verein der ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter*innen in der DDR, den Verein „Enwicklungspolitische Gesellschaft" (EPOG), der 2009 in SODI aufgegangen ist, sowie das Bezirksamt Lichtenberg.

RUI SEBASTIÃO MATUSSE, geboren 1975 in Maputo, studierte Politikgeschichte und öffentliches Verwaltungswesen. Er ist Sozialaktivist und Berater in Siedlungsfragen. Derzeit ist Matusse Bürgermeister des Stadtbezirks KaMubukwana.

Fotos: SODI; Privat

PAUL SPRUTE

Vor 30 Jahren wurde der Solidaritätsdienst International gegründet. SODI trat damit als neue entwicklungspolitische Organisation das Erbe des Solidaritätskomitees der DDR an. Dabei wurde nicht nur an sozialistische Ideen angeknüpft, sondern den Anhänger*innen eine politische Heimat gegeben.

„Dass ich die **Kraft zur Solidarität** noch habe …"

Über Grenzen hinweg: Mehr als 1.000 gemeinsame Projekte mit Partnerorganisationen zeigen die gelebte internationale Solidarität.

Foto: WLC

Seit seiner Gründung über das Frühjahr und den Sommer 1990 haben sich der Verein *Solidaritätsdienst International* mit Sitz in Berlin-Lichtenberg und dessen Abkürzung SODI fest in der entwicklungspolitischen Szene Deutschlands etabliert. Über die alltägliche Arbeit SODIs als entwicklungspolitische Organisation mit weltweit zahlreichen Projekten rückt in den Hintergrund, dass die NGO damals die Nachfolge des offiziellen Solidaritätskomitees der DDR antrat. Damit hat sie die Geschichte einer ostdeutsch und sozialistisch geprägten Unterstützung des Globalen Südens fortgeschrieben.

Besonders die ersten Jahre des Bestehens von SODI waren turbulent, da sich der Verein mit der Bundesregierung um sein Vermögen stritt und sich unter vollkommen veränderten gesellschaftlichen Vorzeichen neu orientieren musste. SODIs Geschichte in diesen Jahren zeigt die Möglichkeiten und Herausforderungen post-sozialistischen gesellschaftlichen Engagements. In der Erbmasse der DDR fanden die weiterhin „Solidaritätsbewegten" eine ideologische Ressource, passten sich aber auch gleichzeitig in die neuen Zeiten ein. Außerdem führt diese Episode der deutschen Vereinigungsgeschichte vor Augen, dass viele Ostdeutsche auch unter den schwierigen Bedingungen der Nachwendezeit einen Sinn darin sahen, für die Solidarität über nationale Grenzen hinweg zu wirken. So hielt eine Unterstützerin SODIs im Jahr 1997 in Reimform fest: „Eindeutig ist es mir die liebste Gabe, die ich seit langem für mich selbst verfügt, dass ich die Kraft zur Solidarität noch habe – das tröstet mich, stimmt mich sogar vergnügt."

Partizipativer Ansatz wird betont

Im Gegensatz zum individuellen Engagement in der Nachwendezeit war die internationale Solidarität in der DDR Teil der Staatsraison. Sie wurde aus dem sozialistischen Internationalismus der Arbeiter*innenklasse hergeleitet. Das Solidaritätskomitee der DDR koordinierte weltweit Hilfslieferungen an verbündete Staaten und Befreiungsorganisationen. Außerdem bewarb es die internationale Solidarität in der Öffentlichkeit. Die DDR-Bürger*innen nahmen vor allem durch ihre Spenden an der Solidarität teil, zusammen mit dem Gewerkschaftsbeitrag erwarben sie beispielsweise

Solidaritätsmarken. Die Einheitsgewerkschaft FDGB und andere Massenorganisationen leiteten Spenden ihrer Mitglieder an das Solidaritätskomitee weiter, wobei ein Großteil der Zuwendungen den Bildungsaufenthalt von internationalen Studierenden und Auszubildenden in der DDR finanzierte.

Vom schnellen Zerfall der Institutionen der DDR nach der Öffnung der Mauer war auch das Solidaritätskomitee betroffen. Der Leitung des Komitees erschien es deswegen notwendig, die Solidarität neu zu organisieren. Vorsorglich verneinte SODI bereits in der Bekanntmachung seiner Gründung, „nur ein neuer Name für eine alte Einrichtung" zu sein, und betonte stattdessen seinen partizipativen Ansatz und das Eintreten für Transparenz.

Vertreter*innen des alten Solidaritätskomitees und des neuen -dienstes nahmen auch an dem seit Anfang 1990 tagenden Entwicklungspolitischen Runden Tisch teil und suchten die Annäherung zu Repräsentanten einer ebenfalls existierenden, vor allem kirchlich geprägten internationalen Solidarität Ostdeutschlands. Der Entwicklungspolitische Runde Tisch stellte die Solidarität als einen gesellschaftlich verankerten Wert dar, der auch unabhängig vom Staatssozialismus legitim war. Von diesem erneuerten Anspruch auf die Solidarität sollte SODI langfristig stark profitieren, obwohl der Verein gleichzeitig auch das Personal, die Netzwerke und das verbliebene Vermögen des Solidaritätskomitees von 50 Millionen D-Mark übernahm.

Während es im Wendejahr 1990 noch so schien, als würde SODI der Übertritt in das wiedervereinigte Deutschland ohne größere Probleme gelingen, musste man sich ab 1991 verstärkt mit den Ansprüchen von anderen entwicklungspolitischen Vereinen in Ostdeutschland auf das Vermögen auseinandersetzen. Auch die Medien beschäftigten sich mit der Frage, ob SODI sein Vermögen rechtmäßig erworben habe.

Im August 1991 traten schließlich die Treuhandanstalt und die umständlich betitelte „Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR" auf den Plan. Zusätzlich angefeuert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Bonn zog die Kommission sämtliche Gelder von SODI ein, sodass die Aktivitäten des Vereins faktisch zum Erliegen kamen.

Humanitäre Hilfe besteht fort

Erst nach einem halben Jahr der Auseinandersetzung konnte der Verein einen gerichtlich bestätigten Vergleich erreichen. SODI erhielt ein knappes Viertel seines ursprünglichen Vermögens zurück, während der Rest das Kapital der 1994 begründeten unabhängigen Stiftung Nord-Süd-Brücken zur Förderung entwicklungspolitischer Organisationen in Ostdeutschland bildete.

SODI konnte seine Aktivitäten in einem deutlich enger gefassten Rahmen wiederaufnehmen. Weiterhin leistete der Verein humanitäre Hilfe, allerdings nun vor allem in Osteuropa. Besonders in der Tschernobyl-Hilfe ist SODI über Jahrzehnte engagiert geblieben und hat zum Beispiel durch

Die Selbstbestimmtheit des Globalen Südens ist eines der obersten Ziele der Zusammenarbeit von SODI und seinen Partnerorganisationen.

Spendenkampagnen tausenden Kindern aus verstrahlten Gebieten von Belarus „prophylaktische Sanatoriumsaufenthalte" in ihrem Land ermöglicht.

Solche Projekte nahmen DDR-Traditionen der häufigen Spendenaktionen oder der Organisation von Ferienaufenthalten in der DDR auf, veränderten sie aber auch. Den beschränkten Möglichkeiten SODIs entsprach etwa die Ausrichtung der Hilfsaktionen auf die osteuropäische Nachbarschaft. Die Spendenkampagnen zeigen zudem den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Ostdeutschland. Unterstützer*innen, denen es an Geld mangelte, konnten Sachspenden leisten oder den Verein auf ausgemustertes, vor allem medizinisches Gerät aufmerksam machen, das für Spendenzwecke von Erwerbslosen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aufbereitet wurde.

SODI führte aber nicht nur Spendenaktionen durch, sondern betrieb verstärkt auch konkrete Entwicklungsprojekte in Ländern, für die sich die DDR eingesetzt hatte. Ein Beispiel ist Namibia, wo die seit 1990 und dem Ende der südafrikanischen Besatzung von der Befreiungsorganisation SWAPO gestellte Regierung mehrfach beim deutschen Botschafter gegen die Konfiszierung der Mittel SODIs protestierte und damit vormals erfahrene Solidarität erwiderte. Auch in Ländern wie Mosambik und Vietnam wurde SODI in Entwicklungsprojekten aktiv und beteiligte sich an der Räumung von Landminen sowie Wiederansiedlungsprojekten.

Das Engagement gegen Landminen ab 1992 führte SODI an den entwicklungspolitischen Mainstream der Bundesrepublik heran. Die Landminenprojekte markierten den Beginn staatlicher Zuwendungen nach der Konfrontation wegen des Vereinsvermögens. Das Minenprojekt in Vietnam wurde vor allem durch das Auswärtige Amt getragen, das von seinem Interesse an einer politischen Annäherung zu Vietnam geleitet war und mit SODI einen Partner fand, der von den guten Beziehungen der DDR mit der Sozialistischen

Foto: SODI

Erfolgreiche Verbindung von Projekt- und Kampagnenarbeit: Zwischen 1998 und 2013 realisiert SODI Projekte zur Räumung von Landminen in Laos und Vietnam.

Ab Mitte der 1990er-Jahre prangerte SODI wieder verstärkt die Realitäten des globalen Kapitalismus an und betonte dabei, dass die Erfahrungen ökonomischer Umwälzungen in Ostdeutschland und im Globalen Süden miteinander verknüpft sind.

Republik profitierte. Außerdem entwarf SODI hier ein nach den konventionellen Kriterien solides Entwicklungshilfeprojekt. Die Beziehungen zum BMZ normalisierten sich hingegen erst vollständig nach dem Regierungswechsel 1998.

Kapitalismuskritisches Engagement mit sozialistischen Wurzeln

Außerdem beteiligte sich SODI an der zivilgesellschaftlichen Internationalen Kampagne zum Verbot von Landminen, die von einer Vielzahl internationaler und deutscher Organisationen getragen wurde. SODI profitierte von der öffentlichen Sichtbarkeit der Kampagne und den politischen Erfahrungen der Partnerorganisationen. Schon 1997 wurden Anti-Personenminen weltweit formell geächtet und die Kampagne mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Gleichzeitig bewahrte sich SODI seinen Charakter als streng friedenspolitisch ausgerichtete Organisation mit einer antiimperialistischen Haltung. Der Verein protestierte scharf gegen deutsche Kriegsbeteiligungen im ehemaligen Jugoslawien und in Afghanistan, besonders aber gegen den Irak-Krieg der USA. Ab Mitte der 1990er-Jahre prangerte SODI auch wieder verstärkt die Realitäten des globalen Kapitalismus an und betonte dabei, dass die Erfahrungen ökonomischer Umwälzungen in Ostdeutschland und im Globalen Süden miteinander verknüpft seien. Ein Vertreter SODIs beklagte so schon im Jahr 1993: „Vorbei sind die blumigen Sprüche für die Ostdeutschen wie auch die beschwichtigenden Versicherungen für die Menschen in der Dritten Welt."

Ab Anfang der 2000er-Jahre sah sich SODI im Einklang mit der globalisierungskritischen Bewegung und orientierte sich inhaltlich auch an dem attac-Netzwerk. SODIs friedenspolitisches und kapitalismuskritisches Engagement, das eine Wurzel im sozialistischen Erbe des Vereins hat, erschien den Sympathisant*innen als Alleinstellungsmerkmal und konsequenter Umgang mit globalen Ungerechtigkeiten. SODI kritisierte, dass sich andere entwicklungspolitische Organisationen in Auslandsprojekten erschöpften und die Diskussion politischer Rahmenbedingungen vernachlässigten.

In den 1990er-Jahren fanden Unterstützer*innen in SODI „eine politische Heimat", wie es ein Vertreter des Vereins formulierte, vor allem aber auch eine emotionale Stütze in Gemeinschaft mit anderen solidaritätsbewegten Ostdeutschen. SODI bot durch seine Spendenaktionen und als Forum für politische Kritik eine selbstermächtigende Möglichkeit, in herausfordernden Zeiten gemäß den eigenen politischen und moralischen Vorstellungen zu handeln. In der Nachwendegesellschaft bot die internationale Solidarität so eine weltanschauliche Nische.

Ein Unterstützer drückte den emotionalen Wert für ihn so aus: „SODI ist wie ein Lagerfeuer mit Freunden: Es schenkt Wärme, Licht, Hoffnung und Lebensfreude und hilft – in schweren Zeiten – zu überleben. Wir müssen nur darauf achten, dass dieses Feuer niemals verlöscht."

Ein anderer Sympathisant erklärte, warum sich die internationale Solidarität nach wie vor lohne: „Man hat das gute Gefühl, all dem existierenden Unrecht nicht so völlig hilflos gegenüberzustehen, sondern gemeinsam dagegen etwas tun zu können. So hilft unsere Hilfe für andere Menschen auch uns selbst, gibt unserem Leben einen Sinn."

SODI besteht bis heute als entwicklungspolitische Organisation mittlerer Größe fort, deren besondere Wurzeln bei oberflächlicher Betrachtung nicht sofort sichtbar werden. Trotzdem lohnt es sich, in SODIs Geschichte etwas tiefer zu graben und sich mit seinem ostdeutschen Erbe auseinanderzusetzen: Hier zeigt sich, wie einstige Bürger*innen der DDR ein Erbe ihres Staates annehmen und es trotz verschiedener Konflikte über die 1990er-Jahre hinweg so überarbeiten konnten, dass es seinen festen Platz in der Gesellschaft des wiedervereinigten Deutschlands fand. Außerdem kann die Geschichte helfen zu verstehen, was gesellschaftliche Solidarität bedeutet: Anhänger*innen SODIs wussten, dass sie ihre internationale Solidarität nicht als altruistisches Opfer zugunsten Fremder verstehen mussten, sondern sich durch diese als Teil einer weltumspannenden Interessengemeinschaft gegen ebenso globale Strukturen denken konnten.

PAUL SPRUTE ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner. Seine Masterarbeit an der Freien Universität und Humboldt-Universität zu Berlin hat sich mit SODIs Geschichte bis Mitte der 2000er-Jahre befasst.

Fotos: SODI; Felix Müller, IRS Erkner

HI[STORY] OF FOOD

UNSERE NAHRUNG UND IHRE GLOBALEN WURZELN

Essen ist politisch! Deshalb blickt SODI über den eurozentristischen Tellerrand und fördert **perspektivreiches Lernen.**

SODIs entwicklungspolitisches, multimediales Bildungsprojekt **Hi[story] of Food** macht marginalisierte Perspektiven sichtbar und zeigt auf, dass unsere täglichen Lebensmittel keineswegs geschichtslos sind. Am Beispiel von Zuckerrohr, Mais & Co blicken wir auf eine Historie, die geprägt ist von kolonialer Ausbeutung, Landnahme und Zwangsarbeit – eine Geschichte, die sich noch heute in ungerechten Machtverhältnissen wiederfindet und fortgeführt wird.

Die **Hi[story] of Food**-Wanderausstellung mit begleitendem Workshop-Angebot öffnet Schüler*innen & allen Interessierten den machtkritischen Blick auf die globalen Wurzeln unserer Lebensmittel und regt zum Nachdenken über den eigenen Konsum an.

Die Ausstellung können Sie demnächst an folgenden Orten besuchen und die begleitenden Workshops buchen:

Workshop: Globales Lernen – Mit theaterpädagogischen Methoden Gruppenprozesse gestalten
29.10.2020 · 10 bis 16 Uhr, Global Village Braustube,
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin · Voranmeldungen nötig

20.11. – 20.12.2020 · Stadtbibliothek Fürstenwalde, Domplatz 7,
15517 Fürstenwalde/Spree

Holen Sie jetzt das kostenfreie Bildungsangebot zu sich!
www.historyoffood.de

Für Fragen und weitere Informationen kontaktieren Sie uns jederzeit gern: globaleslernen@sodi.de